

tragen, da der Nachweisbeamte Angestellter des in Betracht kommenden Verbandes sei. Zweitens sind nur die Arbeitgebernachweise in der Lage, den Arbeitsmarkt zu übersehen und so ausgleichend auf den Markt einzuwirken. Drittens sind sie besser als die paritätischen zur Durchführung der Kontrolle bei Streiks und Ausschreibungen geeignet. Will man den gemeinnützigen Nachweisen einen Zwangscharakter gegenüber dem Unternehmer beilegen, so würde das ein bedeutender Schritt zum sozialdemokratischen Zukunftsstaat. Landrichter Dr. Raumann-Hamburg widerspricht der letzten Bemerkung des Vorredners und wünscht, daß im Kampfe der einseitigen und paritätischen Nachweise die freie Entwicklung entscheiden solle. Schulenburg-Strahburg (Stadt. Arbeitsamt) weist auf die Mißstände und Praktiken hin, die von den Arbeitgebernachweisen, vor allem in Mannheim, bekannt geworden sind.

Nach der Mittagspause wird die Diskussion über die einseitigen Arbeitsnachweise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer fortgesetzt. Becker-Berlin (Christl. Bauhandwerker) betont, daß auch die paritätischen Nachweise in der Lage seien, die Qualität der Arbeiter zu berücksichtigen. Stadtrat Dr. Fleisch-Frankfurt legt dar, daß das Arbeitsnachweiswesen noch in seinen Anfängen stehe und daß daher die verschiedenen Arbeitsnachweise vorläufig noch Platz nebeneinander hätten. Arbeitersekretär Göttrich-Dresden erklärt, daß auch die Arbeiter bei paritätischen Nachweisen den Zwangscharakter ablehnen müßten. Ein Mannheimer Vertreter zweifelt an der Durchführbarkeit des Paritätsprinzips. Die Arbeiter streben die „Parität“ auch nur deshalb an, weil sie hoffen, mittels derselben den Arbeitsmarkt überwiegen zu beherrschen. Syndikus Bennorf-Dresden (Metallindustrie) bemerkt, daß eigentlich der einzige den Arbeitgebernachweisen gemachte Vorwurf, der Vorwurf der Maßregelungspraxis sei. Wenn in Mannheim und Leipzig Maßregelungen stattgefunden hätten, so dürfe man doch diese paar Mißgriffe nicht generalisieren. Wenn die Arbeitgebernachweise im Aufse von Maßregelungsbureaus ständen, so habe das seinen Grund nur in der Verhütung der sozialdemokratischen Presse. Landesversicherungsrat Hansen-Stiel weist den gegen die paritätischen Nachweise erhobenen Vorwurf zurück, als ob dieselben zu schematisch, lediglich nach der Nummer der Anmeldung ohne Rücksichtnahme auf die Individualität arbeiteten. Körsten-Berlin nennt die Unternehmensnachweise einen Staat im Staate. Maßregelungsinstitute ufm. Dr. Sager-Hamburg berichtet über die Erfahrungen in Hamburg, wo es trotz Errichtung einer Besondereinstellung nicht gelungen sei, das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben; er warne deshalb vor großen Hoffnungen auf die „Parität“. Wischniewski-Berlin bestreitet den paritätischen Nachweisen die Parität, da die nation. Gewerkschaften ausgeschlossen seien. Schmiedehaus-Offen möchte die Aufmerksamkeit mehr auf die gewerkschaftlichen Nachweise lenken, die ja auch geheim seien und deren Tätigkeit eben die Unternehmensnachweise veranlaßt hätten. Im Schlußwort betont Dr. Dominicus-Strahburg noch, daß man in Strahburg mit der paritätischen Besondereinstelle die besten Erfahrungen gemacht habe und daß, wie man gewisse Arbeiter von dem Nachweis ausschließe, so auch für Unternehmer nicht vermittelt werden dürfe, deren Arbeitsbedingungen gegen die guten Sitten verstießen. — Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Es folgt ein Referat des Beigeordneten Regierungsrat Dr. Dominicus über die Entwicklung des Arbeitsnachweises im Auslande, aus dem hervorgeht, daß diese Entwicklung in Deutschland am weitesten vorgeschritten ist. Ueber Lehrlingsvermittlung referierte sodann zunächst Landesversicherungsrat Hansen-Stiel. Während der Industrie und dem Handel Lehrlinge in mehr als ausreichender Zahl zu laufen, ist die Frage der Lehrlingsvermittlung sehr schwierig für das Handwerk und den Kleinbetrieb. Von großer Bedeutung ist dabei die Verbindung der Lehrlingsvermittlung mit der Schule und mit den Handwerkskammern. Merkwürdig und bedauerlich sei, daß von Seiten der Innungen Bedenken laut geworden seien gegen die Lehrlingsvermittlungen der paritätischen Arbeitsnachweise. Der Korreferent Dr. Altenrath von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Berlin legt die Mißstände in der Lehrlingsvermittlung dar. Die Handwerkskammern bemühten sich wenig für eine Besserung dieser Verhältnisse. In der Diskussion schlägt Sammerstein-Preslau vor, den Schulbesuch zu verlängern, und dafür eine Abkürzung der Lehrlingszeit und eventuell eine Abkürzung der Militärdienstzeit eintreten zu lassen.

Es folgt das Referat des Fräulein Klausner-Berlin über den „Arbeitsnachweis und die Frauen“. Referentin bedauert, daß die Frauenvereine sich bisher so wenig mit der Frage des Arbeitsnachweises beschäftigt haben. Neuerdings haben sich allerdings die Frauenvereine mit Dienstvermittlung beschäftigt, doch ist das Ergebnis sehr geringfügig. Am wenigsten ist diese Vermittlung von Fabrikarbeiterinnen und vom weiblichen landwirtschaftlichen Personal in Anspruch genommen worden, am meisten von Anhilfen und in Hotels und Restaurants beschäftigten weiblichen Personal. Große Konkurrenz erwächst den öffentlichen Nachweisen in ihrer Tätigkeit für weibliches Personal durch die erwerbsfähigen Stellenvermittlungen. — Eine Diskussion findet nicht statt. Gegen 6 Uhr wird die Verhandlung auf morgen 9 Uhr vertagt.

Politische Rundschau.

Dresden, den 28. Oktober 1910.

Das Schiffsabgabengesetz ist am Donnerstag dem Reichstage mit einer sehr umfangreichen Begründung zugegangen.

Das Reisekostengesetz für Kolonialbeamte ist unter den Ressorts festgestellt und wird dem Reichstage alsbald zugehen.

Im neuen Postetat sind eine Anzahl neuer Stellen enthalten, so daß namentlich die alten Briefträger zur Anstellung gelangen können und die viel stärker nicht mehr länger als 10 Jahre zu warten haben, ehe sie definitiv angestellt werden. Die Stellen der höheren und mittleren Beamten sind nicht vermehrt worden.

Der Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn in Kiel ist in gleicher Eigenschaft nach Frankfurt a. M. versetzt worden. Zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Kiel wurde der Landgerichtspräsident Geheimrat Oberjustizrat Kirchner in Kassel ernannt.

Die „Niderigbucht-Zeitung“ bestreitet die Richtigkeit der Behauptung des Windhuker Blattes, daß die Diamantendiebstähle in Südwesafrika bis zu 40 Prozent betragen. Sie wendet sich namentlich mit ziemlich scharfen Worten gegen ein von den Windhuker Nachrichten bekanntgegebenes Projekt der Zollbehörde, nach dem ein mit Schnellfeuergeschütz ausgerüsteter Zollfahnen zur Überwachung der Küsten eingestellt werden soll, um dem Schmuggel mit gestohlenen Diamanten möglichst Abbruch zu tun. Schließlich kommt aber auch die „Niderigbucht-Zeitung“ zu der Forderung, daß eine größere Summe zur Verstärkung des Ueberwachungsdienstes nötig sei, und fordert eine reichliche Dotierung des Fonds der Geheimpolizei.

Gegen die Einwanderung portugiesischer Jesuiten sind, wie der „Vorwärts“ berichtet, dem wir die Verantwortung für die Richtigkeit der Meldung überlassen müssen, in den westlichen Grenzprovinzen im ministeriellen Auftrage durch die Regierungspräsidenten scharfe Maßnahmen ergriffen worden. Da nach der Aufhebung der Klöster in Portugal die Gefahr vorliegt, daß ein Teil der vertriebenen Jesuiten Zuflucht in deutschen Klöstern suchen wird, gelangt zur Verhinderung einer solchen Einwanderung eine strenge Kontrolle zur Durchführung. Die Landräte haben Anweisung erhalten, jeden verdächtigen Fall (!) einer solchen Jesuiteneinwanderung sofort zu melden. — Da hört denn doch Verschiedenes auf.

Die Zahl der Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Deutschen Reich betrug am 30. September 1909 16 508 tätige Unternehmen mit einem Stammkapital von 3538,5 Millionen Mark. Fast die Hälfte dieser Gesellschaften — 8130 — war unter Einbringung von Sacheinlagen zustande gekommen; der Wert der Sacheinlagen belief sich nach der Statistik auf 1500,3 Millionen Mark, stellt mithin 42,40 Prozent des gesamten Stammkapitals dar. Was die Teilung nach der Höhe des Stammkapitals anlangt, so entfallen auf die Kapitalgrößenklassen

20 000 Mk.	3479 Gesellschaften
über 20 000 „ bis 50 000 „	4263 „
„ 50 000 „ „ 75 000 „	1472 „
„ 75 000 „ „ 100 000 „	1990 „
„ 100 000 „ „ 250 000 „	2682 „
„ 250 000 „ „ 500 000 „	1648 „
„ 500 000 „ „ 1 Million „	710 „
„ 1 bis 2 Mill. Mk.	306 „
„ 2 „ 3 „	74 „
„ 3 „ 5 „	49 „
„ 5 „ 7 „	13 „
„ 7 „ 10 „	4 „
„ 10 „ 20 „	12 „
„ 20 „ 30 „	2 „
„ 30 „ 50 „	3 „
„ 50 „ 100 „	1 „

Rund 21 Prozent aller tätigen Gesellschaften m. b. H. wiesen nur den gesetzlich festgelegten Mindestbetrag von 20 000 Mark auf. Die eine Gesellschaft, die mehr als 50 Millionen Mark Kapital hat, ist die G. m. b. H. Siemens-Schubert-Werke (Stammkapital 90 Millionen Mark). Ein Vergleich der Statistik der Aktiengesellschaften mit der G. m. b. H. ergibt, daß zwar der Zahl nach die Gesellschaften m. b. H. dominieren, daß sie jedoch in ihrer Bedeutung — am Kapital gemessen — weit hinter den Aktiengesellschaften zurückstehen. Die Bedeutung der Gesellschaft m. b. H. liegt im wesentlichen im Klein- und Mittelbetriebe. Gänzlich gefehlt sind ihnen der Betrieb von Hypothekendarlehen im Sinne des Hypothekendarlehenbankgesetzes und die Ausübung des Versicherungsgewerbes, soweit Lebens-, Hagel- und Rückversicherungsgewerbe in Frage stehen. Ein ungünstiges Licht auf die Institution der G. m. b. H. wirft die hohe Zahl der in Liquidation befindlichen Gesellschaften. Mehr als 10 Prozent aller Gesellschaften m. b. H. befanden sich in Liquidation — 1970 Unternehmungen mit 305,2 Millionen Mark Stammkapital — und insgesamt 509 Gesellschaften mit 72,1 Millionen Mark standen im Konkurse. Das sind erheblich höhere Zahlen, als sie für Aktiengesellschaften vorliegen.

Sozialistische Großrederei. Wie erinnertlich, wollte man in Kopenhagen einen Beschluß fassen, daß im Falle einer kriegerischen Verwicklung zwischen zwei sozialdemokratisch durchgeführten Staaten die sozialistische Arbeiterschaft der beteiligten Staaten in den Generalstreik zu treten und die Seeresolge zu verweigern hätte. Der Wiener Ellenbogen hat den Genossen zu deren großem Erstaunen allerdings an einem Erfahrungsbeispiele dargetan, daß das Denken der Welt noch nicht so weit korrumpiert ist, um solchen Verwunden einen Erfolg zu verheißt. Die Wiener Genossen hatten das während der Balkankrise deutlich genug erfahren, wenigstens soweit sie mit Leuten deutschen Blutes zu rechnen hatten. Trotzdem löst sich jetzt der britische Sozialistenführer Keir Hardie wieder in gleich anmaßungsloser Weise vernehmen. Wohl gemerkt, es ist nichts dagegen einzuwenden, daß er die Volksstimmung zwischen England und Deutschland freundlich zu gestalten sucht — ganz im Gegenteil. Das ist ein durchaus verdienstliches Tun, obgleich es nach unserer Ueberzeugung in der Hauptsache unfruchtbar bleibt, weil ein Krieg zwischen europäischen Großstaaten heute auf Lebensinteressen der Völker, nicht aber auf Stimmungen beruht. Aber Hardie nahm den Mund recht voll und erklärte, das Proletariat beider Staaten müsse einen etwaigen Krieg verhindern und werde ihn zu verhindern wissen. Das ist nichts weiter als von neuem die Drohung mit Generalstreik und innerer Revolution im Falle eines Krieges. Also dasselbe Lied, das Ellenbogen aus Wien in Kopenhagen für so wenig sangbar erklärte. Wir wissen nicht, ob die Drohung Keir Hardies in England großen Eindruck gemacht hat. Wichtig ist ja, daß Großbritannien infolge seiner vollkommenen Nahrungsabhängigkeit vom Auslande im Falle eines generellen Sozialistenstreiks in jeder viel schwierigeren Lage wäre als das Deutsche Reich. Bei uns würde man einfach die Hauptstädter schon während der ersten Tage zu den Fahnen rufen und sie dort

hin befördern, wo es nicht auf das große Mundwort ankommt, sondern auf die tatsächliche Tapferkeit. Und wie wir unsere Verhältnisse beurteilen, würden die Herren nicht müde sein, die Drohung mit dem Streikgefahr so ziemlich am Ende. Wir können also in Keir Hardies Drohung, soweit sie sich auf deutsche Verhältnisse mit erstreckt, nichts anderes erblicken, als eine echt sozialistische Grobmäuligkeit, die aber natürlich manchen unbedachten deutschen Arbeiter einstmals in schweres Unglück bringen könnte, wenn es das Geschick wollte, daß wir in einen Krieg mit einem anderen europäischen Großstaat verwickelt würden. Denn wie immer würden die jetzigen Schürer in solchem Falle ihre werten Persönlichkeiten sorglich im Hintergrunde halten, und die törichten Leute, die sich verheben ließen, hätten die Folgen zu tragen.

Der jährliche Patronenverbrauch unseres Heeres. Wenn man den Geldwert jeder scharfen Patrone mit 10 Pfennig und jeder Blaspatrone mit 5 Pfennig ansetzt, dann werden ungefähr für 15 Millionen Mark Patronen jährlich verbraucht. Aus welchen Summen sich dieser Betrag zusammensetzt, ergibt folgende Aufstellung: Die Vermehrung der Patronen für die Unteroffiziere und Gemeinen der Infanterie, der Schützen und Jäger beträgt 25 Patronen für jeden Mann. Es handelt sich hierbei um Blaspatronen. Bei der Maschinengewehrtruppe ist eine bedeutende Vermehrung der scharfen Munition, und zwar um 11 000 Patronen pro Jahr in Aussicht genommen. Während bisher jede Maschinengewehrtruppe nur 100 000 scharfe Patronen erhielt, wird sie im kommenden Jahre über 111 000 scharfe Patronen verfügen. Die Vermehrung der scharfen Munition bei den Unteroffizieren und Gemeinen des Beurlaubtenstandes ist von besonderem Interesse, da bisher unter der geringen Zahl von verfügbaren Patronen die Schießübungen der Unteroffiziere und Gemeinen der Reserve und Landwehr sehr eingeschränkt werden mußten, was zur Erhöhung der Kriegsmäßigen Ausbildung der Truppen des Beurlaubtenstandes nicht sehr beitrug. Die Anzahl der Patronen ist darum um 10 scharfe Patronen vermehrt worden. Ein Jägerbataillon, das bisher 111 000 Patronen erhielt, bekommt jetzt nach der Vermehrung der Munition mit 25 Blaspatronen pro Mann 126 900. Während die Jägerbataillone von 103 300 Blaspatronen auf 118 100 stiegen, haben die Infanteriebataillone niedrigen Standes nur eine Vermehrung von 14 200 Patronen erfahren. Bisher erhielten nämlich die Infanteriebataillone mit niedrigem Stande 98 700 Blaspatronen. Vom 1. Oktober an erhalten sie 112 900. Ein Infanteriebataillon von hohem Stande und ein Infanteriebataillon von niedrigem Stande erhalten also allein jetzt 30 100 Blaspatronen mehr als bisher, während die betreffenden Jägerbataillone über ein Mehr von 30 700 Blaspatronen verfügen. Aus diesen Zahlen geht schon hervor, wie kostspielig diese neue Verbesserung unseres Heereswesens ist. Darin liegt auch der Grund, warum bisher die Vermehrung der Patronen so langsam in Angriff genommen wurde. Wenn auch die Ausgaben dafür nicht gering sind, so kann man nicht übersehen, daß sie zu den wichtigsten Ausgaben gehören, die Deutschland im Interesse der Schlagfertigkeit des Heeres überhaupt machen kann. Welches Gewicht hier in Frage kommt, erfährt man, wenn man bedenkt, daß zirka 30 scharfe oder 40 Blaspatronen ein Kilo wiegen. Das gesamte Gewicht würde 11 Millionen Zentner ausmachen, und um dies zu befördern, müßte ein Eisenbahnzug von 55 Waggons zu je 200 Zentner Tragfähigkeit zur Verfügung stehen.

Die „Absehung“ des Genossen Herbst. Die Stettiner Sozialdemokraten haben ihren früheren Reichstagsabgeordneten Herbst nicht mehr als Kandidaten aufgestellt. Bei der Abstimmung im Vorstande des Parteiverkehrs fielen 35 Stimmen auf den Generalagenten Vogtherr in Wiesbaden, 12 auf den Parteisekretär Grunwald in Berlin, während Herbst keine einzige Stimme erhielt. Vogtherr, früher „Prediger“ der freireligiösen Gemeinde in Wiesbaden, gehört zu den ausgeprägtesten Vertretern der radikalen Richtung in der Sozialdemokratie; diese Tatsache gibt der Absehung Herbsts ihre besondere Bedeutung. Letzterer war gemäßigter und verkehrte in seiner Jugend, obwohl er Protestant ist, im katholischen Gesellenverein. Jetzt muß er einem Freidenker weichen, wie überhaupt die Sozialdemokratie immer mehr Freidenker heranzieht und in Parteikämter gelangen läßt.

Oesterreich-Ungarn.

Der Ausschuss der Oesterreichischen Delegation für das Auswärtige und die Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina genehmigte den Bericht des Referenten Marquis Bacquehem über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen. Der auf die Haltung Deutschlands in der Anexionskrise bezügliche Passus des Berichtes lautet: Deutschland hat von Angebin der Balkanwirren keinen Zweifel darüber gelassen, daß es alle Konsequenzen aus dem Bündnisse ziehe. Die bedeutende Entschlossenheit gegeben wurde, die Monarchie nachdrücklich zu unterstützen, wirkte mächtig. Schon die erste Kundgebung des Fürsten Bilkow über die Unerschütterlichkeit des Bündnisses und den hohen Ernst, mit dem Deutschland seine Bündnispflicht betrachtete, machte großen Eindruck in Europa und festigte das Vertrauen in den Frieden. Deutschland hat nicht gegögert, nicht geschwankt, um seine Bundesfreundschaft in volstem Maße zu gewähren. Es hat sich von Beginn der Krise vorbehaltlos an unsere Seite gestellt. Es wollte keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß es entschlossen sei, keine Zumutung an uns stellen zu lassen, die mit der Würde der Monarchie unvereinbar sei. Diese Haltung Deutschlands, die eine so hohe Auffassung der Bündnispflicht zeigte, wird bei uns unvergessen bleiben.

Belgien.

Das deutsche Kaiserpaar und Prinzessin Victoria Luise, sowie der König und die Königin der Belgier trafen vormittags 9 1/2 Uhr in Automobilen auf der Weltausstellung ein. Beim Rundgange durch die Ausstellung bewillte der Kaiser besonders in der in Betrieb befindlichen Werkzeugmaschinenhalle. Sodann wurde die belgische Abteilung besichtigt und das Haus der Stadt Brüssel. Die Majestäten unternahmen darauf eine Rundfahrt in Automobilen und begaben sich sodann nach Schloß Laeken. Das Kaiserpaar